Datum: 7. November 2022

Stefan Heinlein im Gespräch mit Michael Link

Stefan Heinlein: Am Telefon begrüße ich jetzt den FDP-Außenpolitiker Michael Link, seit März der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit. – Guten Morgen, Herr Link!

Michael Link: Guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Wie sorgenvoll blicken Sie zu Beginn dieser Woche über den Atlantik?

Link: Ziemlich sorgenvoll, was die Tage nach der Wahl angeht. Gar nicht so sorgenvoll, was die grundsätzlichen Beziehungen angeht, denn auch die Republikaner werden sehr, sehr stark auf ein starkes Europa angewiesen sein, alleine schon, wenn wir auf China schauen. Aber mit großer Sorge blicke ich in der Tat auf das, was nach der Wahl geschehen könnte, denn wir alle haben nicht vergessen, was am 6. Januar letzten Jahres in Washington geschehen ist bei dem Sturm aufs Kapitol.

Heinlein: Mit Ihrer Sorge sind Sie ja nicht allein. Joe Biden, der Präsident hat davor gewarnt, die Demokratie in den USA sei in Gefahr. Ist das Wahlkampfrhetorik, oder stehen die USA tatsächlich an einem gefährlichen politischen Wendepunkt?

Link: Ich glaube, beide Seiten müssen aufpassen, jetzt hier nicht zu überhöhen. Natürlich muss man sich massiv wehren gegen die Vorwürfe Trumps und der meisten Republikaner, die Wahlen seien gestohlen worden und dem Wahlsystem drohten Manipulationen, so wie es bei Joe Bidens Wahl behauptet wird. Dagegen muss man sich wehren.

Auf der anderen Seite darf man auch nicht überziehen, denn sonst schreckt man einige Wähler ab, die vielleicht diesmal durchaus wieder demokratisch gewählt hätten und die vielleicht jetzt durch diese extreme Rhetorik auch ins andere Lager getrieben werden. – Eine ganz schwierige Balance, die man versuchen muss. Ich glaube, man müsste, wenn man auf der demokratischen Seite ist, vor allem mehr die Wirtschaftsthemen ansprechen, denn die scheinen, die Amerikaner am meisten zu beschäftigen.

Heinlein: blicken wir auf die politische Atmosphäre in den USA, die Ihnen ja Sorge macht. Sie waren vor wenigen Wochen, Anfang Oktober in den USA, unter anderem in Georgia und in Texas. Sie haben dort viele Gespräche geführt. Welchen Eindruck haben Sie von der politischen Stimmung in den USA?

Link: Sie ist in der Tat extrem polarisiert. Der Riss geht durch Familien, der Riss geht durch ganze Gemeinden, Communities. Aber was mir vor allem auffällt, dass es sehr stark wirklich direkt durch Familien geht. Gar nicht mehr eine Sache der Hautfarbe oder von traditionellen regionalen Prägungen, sondern es geht mitten durch. Paradoxerweise – das ist mir sehr stark aufgefallen, gerade wenn man mit republikanischen Kreisen redet – niemand traut sich so richtig, Trump offen anzugreifen, aber eigentlich warten viele darauf, dass er weg wäre, denn das wäre eine Chance für eine Erneuerung der Republikanischen Partei. Das aber wird paradoxerweise nicht passieren, denn solange er da ist, wird sich keiner wirklich aus der Deckung wagen, und so lange wird die Polarisierung der Gesellschaft auch weitergehen.

Heinlein: Bei den Wahlen treten ja fast 400 republikanische Kandidaten an, die wie Trump – Sie haben es erwähnt – das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen leugnen, diese „Big Lie“, wie es in den USA heißt. Wie bedrohlich wäre denn ein Sieg dieser Kandidaten für das politische Klima in den USA?

Link: Ein Sieg dieser Kandidaten wäre vor allem dann problematisch, wenn sie – und das ist in vielen Staaten der Fall; schauen Sie nach Arizona, wo die gegenwärtige Innenministerin als Gouverneurin kandidiert – jetzt schon angekündigt haben, ein Ergebnis, was ihnen nicht gefällt, zum Beispiel bei der gleichzeitig stattfindenden Senatswahl in Arizona, nicht anzuerkennen. So haben Sie ganz viele Top-Kandidaten in wirklich wichtigen Positionen, die jetzt schon angekündigt haben, dass sie nur ein Ergebnis anerkennen werden, was in ihrem Sinne ist. So kann Demokratie nicht funktionieren und deshalb ist es umso wichtiger, dass man den Republikanern den Rücken stärkt, die sehr mutig so wie Gouverneur Kemp in Georgia, gesagt haben, nein, diese letzten Wahlen waren nicht gefälscht, wir haben korrekt ausgezählt, egal ob uns das Ergebnis gefällt oder nicht. Es ist ein großer Test, ob die Republikanische Partei in der Lage ist, diese Verschwörungstheorien eines Tages auch wieder zu überwinden.

Heinlein: Es gibt eine gewisse Spannbreite bei den Republikanern, Unterschiede. Republikaner ist nicht gleich Republikaner. Das wird ja in Deutschland oft gleichgesetzt.

Link: Genau. Das ist ein wichtiger Punkt, den man sehen muss. Das war gerade zum Beispiel bei den Gesprächen in Texas und Georgia, die ich geführt habe, sehr, sehr augenfällig. Es ist eine große Bandbreite auch in diesen Staaten da. Aber je länger Trump noch da ist – und alles spricht ja dafür, dass er wieder kandidieren wird -, desto länger wird es auch dauern, diesen Reformprozess oder na ja, heute haben wir überhaupt keinen Reformprozess, aber einen möglichen Reformprozess anzustreben, wo vielleicht in der Republikanischen Partei auch wieder andere, klassischere Strömungen, liberal-konservative Strömungen herankommen. Umgekehrt muss auch die Demokratische Partei wirklich sich große Gedanken machen, wie soll es weitergehen in einer Zeit eines Tages nach Biden, denn auch dort ist eine riesige Bandbreite. Beide Parteien haben wirklich enorme Bandbreiten, aber die Republikaner haben das besondere Problem dieser Wahlleugner.

Heinlein: Sie sind, Herr Link, der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung. Wie wichtig ist es denn für eine Bundesregierung, ob nun Republikaner oder Demokraten im Senat und Repräsentantenhaus das Sagen haben?

Link: Für uns als Deutschland ist und bleibt die USA der allerwichtigste Partner, und zwar nicht nur im Bereich Verteidigung und NATO, sondern handelspolitisch, Energiezusammenarbeit – da werden wir noch sehr viel mehr haben in nächster Zukunft -, Austauschprogramme, akademische, nichtakademische, in allen diesen Bereichen, oder wenn Sie an Forschung und Technologie denken. Die USA sind für uns der wichtigste Partner und das müssen wir unbedingt weiter bearbeiten, indem wir, unabhängig davon, wer regiert, möglichst eng mit den USA zusammenarbeiten, aber nicht nur an das Weiße Haus denken, sondern vor allem in die Breite gehen, mit der Breite der Gesellschaft zusammenarbeiten, mit den einzelnen Bundesstaaten und auch da nicht nur mit den klassischen Bundesstaaten an der Ost- und Westküste, sondern gerade auch mit denen in der Mitte der USA, im Süden der USA, wo ein unglaubliches Potenzial ist für die Beziehungen, die wir haben, handelspolitisch, energiepolitisch und, wie gesagt, auch im Bereich des Austausches.

Heinlein: Die transatlantische Zusammenarbeit wird und muss weitergehen, egal wer im Kongress die Mehrheit hat. Herr Link, was wäre denn aus Sicht der Bundesregierung der Worst Case, der schlimmste Fall, der eintreten könnte bei diesen Midterms?

Link: Wenn ich zunächst noch mal ergänzen darf? – Die Arbeit muss weitergehen aus einem Eigeninteresse Deutschlands, aber natürlich dürfen wir dabei auch nicht naiv sein. Wir müssen dann auch die Realitäten sehen, die tatsächlich gerade, sollten Wahlleugner gewählt werden, damit einhergehen. Wir müssen in einer guten Freundschaft auch die Probleme offen ansprechen. Genau das ist der Punkt. In dem Moment, wenn ein Staat wie die USA, der

unser wichtigster Partner ist, solche Dinge wie eine Wahl beim Ablauf und der Anerkennung des Ergebnisses nicht mehr anerkannt werden sollte, sollte so etwas tatsächlich die Oberhand gewinnen, dann muss man auch das sehr deutlich ansprechen, denn die Legitimität auch der Führungsmacht USA hängt sehr stark davon ab, dass sie ihrer eigenen Führungsrolle im Bereich Menschenrechte, Rechtsstaat gerecht wird.

Heinlein: Was würde es denn bedeuten, wenn die Republikaner die Mehrheit im Kongress gewinnen? Das ist ja nicht ausgeschlossen. Dann wäre der Präsident blockiert, die berühmte Lame Duck, die lahme Ente. Was würde das bedeuten, etwa für die Ukraine-Politik der USA? Ist Washington dann mehr oder weniger gelähmt? Sind dem Präsidenten hier dann die Hände gebunden?

Link: Eine spannende Frage. Ich glaube, dass die Wahlkampftöne, die man jetzt momentan hört, vom linken Flügel der Demokraten, aber auch vor allem von einigen Republikanern nach dem Motto, man dürfe nicht mehr so viel Geld dort hinpumpen und man müsse verhandeln, ich glaube, dass das eher Wahlkampftöne sind. Ich glaube, nach der Wahl wird beim Thema Ukraine eher wieder Gemeinsames im Vordergrund stehen, so wie schon jetzt eigentlich auch bei Republikanern und Demokraten beim Thema China auch sehr viel Gemeinsames zu sehen ist. Ich glaube, sollten die Republikaner die Mehrheit bekommen in beiden Häusern, was ja durchaus möglich ist, dann wird es auf jeden Fall außenpolitisch, egal wer gewinnt, an uns die klare Frage geben, wie haltet ihr es mit China, und es wird innenpolitisch, glaube ich, einen hohen Druck geben, dass sowohl die Republikaner als auch der Präsident bereit sind, mehr zusammenzuarbeiten. Denn das Hauptproblem – das zeigt der Wahlkampf deutlich – in den USA zurzeit ist die Inflation und da wird auch eine neue republikanische Mehrheit im Kongress in der Pflicht sein, mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten, um die zu bekämpfen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.